

Freiburger Nachrichten

A.Z. 1700 Freiburg 1
149. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält
2,5% MWST

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

MITTWOCH, 28. NOVEMBER 2012

Nr. 276

Kunstturnen

Nadia Baeriswyl beendet per sofort ihre Karriere als Kunstturnerin.

Seite 11



AVGO

Nichts ist unmöglich.

TOYOTA

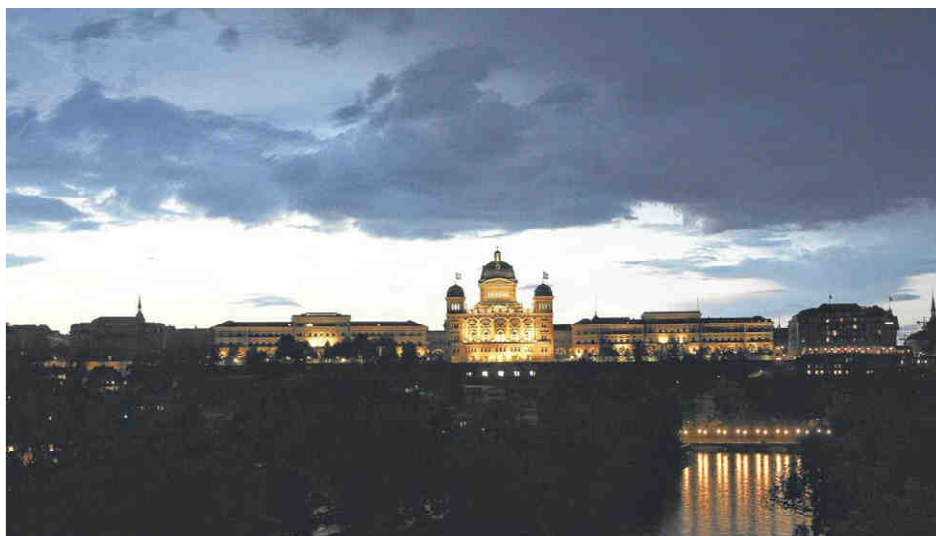
abp automobile
bruno probst ag

Industrie Löwenberg, 2080 Murten
Tel. 026 6 729 729
info@abpgroup.ch
Fax 026 6 729 720

Die Idee des neunköpfigen Bundesrats ist endgültig vom Tisch

Als Zweitrat lehnt der Ständerat die **Regierungsreform** ab. Noch möglich ist ein zwei-jähriges Präsidium.

BERN Der Ständerat lehnt die Vergrößerung des Bundesrats von sieben auf neun Mitglieder ab. Damit hat er gestern einen Schlussstrich unter die grosse Regierungsreform gezogen, an der Bundesrat und Parlament über zehn Jahre lang gearbeitet hatten. Angesichts dessen, dass die Vorlage aus dem Jahr 2001 stammt und bereits zum dritten Mal auf dem Pult der Ständerätinnen und Ständeräte lag, plädierte eine Kommissionsminderheit für einen klaren Schnitt. Noch nicht vom Tisch ist die Idee, das Bundespräsidium auf zwei Jahre zu verlängern. Dazu hat der Bundesrat 2010 einen neuen Entwurf vorgelegt. *sda*
Bericht Seite 15



Trotz zehnjähriger Arbeit an der Regierungsreform bleibt im Bundeshaus alles beim Alten.

Bild Keystone

Schlagzeilen

Kanton

Der Nationalrat lässt eine Tür für Blue Factory offen.

Seite 2

Kanton

Schule & Elternhaus kritisiert Konzept für Heilpädagogik.

Seite 2

Kanton

Kein Handlungsbedarf wegen Mehrverkehr auf Schleichwegen.

Seite 3

Letzte Seite

Kim Jong-un ist der «Sexiest Man Alive» für die Chinesen.

Seite 20

Wetter

Mit kräftiger Bise trüb und noch etwas Regen oder Schnee.



Seite 20

Noch einen Monat Zeit für Registrierung

MURTEN Die Übergangsfrist für die Registrierung aller Pferde, Ponys, Esel, Maulesel und Maultiere beim Bund läuft Ende dieses Jahres ab. Die bisher vorhandenen Zahlen zeigen, dass noch längst nicht alle Tiere aus dem Kanton Freiburg in der Datenbank des Bundes aufgeführt sind. Die FN waren bei der Registrierung des Wallachs Han Gan von Doris Ith aus Murten mit dabei. *emu*
Bericht Seite 5

Tierquäler werden konsequenter verfolgt

In der Schweiz haben die Verfahren wegen Tierquälerei in den letzten zehn Jahren um das Vierfache zugenommen.

ZÜRICH Zwar sind die Verfahren wegen Tierquälerei in der Schweiz in den letzten zehn Jahren stark angestiegen. Dennoch geht die Stiftung Tier im Recht in Zürich nicht davon aus, dass die Tierquälerei im

Allgemeinen zugenommen hat. Gieri Bolliger, Geschäftsführer der Stiftung, erklärt die Zunahme mit einer stärkeren Anwendung des Tierschutzgesetzes. Die meisten Strafverfahren betrafen die Haltung von Heimtieren, insbesondere Hunde. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 1246 Verfahren durchgeführt. Im Kanton Freiburg kam es jedoch nur zu 28 Verfahren. *sda*
Bericht Seite 15

Palästinenserpräsident Abbas braucht einen Erfolg

Ohne einen diplomatischen Erfolg bei der UNO droht Palästinenserpräsident Mahmud Abbas seinen Einfluss zu verlieren.

NEW YORK Emire, Premier- und Aussenminister haben sich während der jüngsten Gewalt- eskalation zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen die Klinke in die Hand gegeben – und der Hamas damit eine De-

facto-Anerkennung durch die muslimische Welt verschafft. Dabei gerät der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, zunehmend ins Hintertreffen. Die Aufwertung des Status der Palästinensergebiete zu einem beobachtenden «Nicht-Mitgliedsstaat» bei der UNO stellt deshalb ein wichtiger Schritt für Abbas dar. Die UNO entscheidet am Donnerstag. *sda*
Bericht Seite 19

Zitat des Tages

«Frauen ticken anders, sie treten in Bewerbungsprozessen zurückhaltender auf als Männer.»

Armin Meier, Headhunter
Seite 17

Inhalt

Todesanzeigen	6
Forum/Agenda	10
TV/Radio	16
Börse	17
Kinos	18



Kunstprojekt

Jeder hat einen Schutzengel

DÜDINGEN Christoph und Martina Salzmann aus Düdingen haben das Projekt «Schutzengel Mein» lanciert, für welches Promis wie Ted Scapa ihren

persönlichen Schutzengel gezeichnet haben. Der Erlös aus dem Verkauf der Bilder geht an ein Kinderhilfswerk. *ak/Bild ae*
Bericht Seite 2

Verein bekämpft Kiesgrube weiterhin

TENTLINGEN Der Verein «Zukunft Tentlingen» hält den Widerstand gegen die geplante Kiesgrube in der Gemeinde aufrecht. «Wir wollen die Kiesgrube verhindern», sagte der Präsident André Schorro am Montag an der ersten Generalversammlung des Vereins. Die rund 40 Anwesenden kritisierten, dass das Projekt für die Gemeindeversammlung vom 7. Dezember nicht traktandiert ist. Ihrer Meinung nach kommuniziert der Gemeinderat nicht offen über die Kiesgrube. Die Gemeindepräsidentin Antje Burri weist die Vorwürfe zurück. *mir*
Bericht Seite 3



Eishockey

Gottéron mit Schaulaufen

FREIBURG Ohne grosse Gegenwehr ist Gottéron gestern zum vierten Sieg hintereinander gekommen. Die Freiburger zelebrierten ein Schaulaufen und

fertigten die ZSC Lions gleich mit 7:4 ab. Die Vorentscheidung fiel schon in den ersten neun Minuten. *ms/Bild ce*
Bericht Seite 13

Redaktion: Tel. 026 426 47 47
Fax 026 426 47 40
Abonnemente: Tel. 026 347 30 00
Inserate: Tel. 026 347 30 01
Fax 026 347 30 19



Reklame

PHONE MARKETING

Phone Marketing Business SA
Telemarketing – Ausbildung

Av. de Tivoli 3 – 1701 Freiburg
Tel. 026 350 26 00
Fax 026 350 26 26

info.fr@phone-marketing.com
www.phone-marketing.com

Sieben Bundesräte sind genug

Jetzt ist definitiv klar: Der Bundesrat wird nicht von sieben auf neun Mitglieder aufgestockt. Nach dem Nationalrat hat gestern auch die grosse Kammer die vor zehn Jahren lancierte **Staatsleitungsreform** beerdigt.

Der Ständerat lehnt die Vergrößerung des Bundesrats von sieben auf neun Mitglieder ab. Damit hat er gestern einen Schlussstrich unter die Regierungsreform gezogen, an der Bundesrat und Parlament mehr als zehn Jahre gearbeitet haben.

Der Nationalrat hatte die Staatsleitungsreform bereits in der Herbstsession abgeschlossen. Die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission des Ständerats beantragte jedoch, weiter an der Vorlage zu arbeiten. Von einem grösseren Bundesrat versprach sie sich unter anderem eine Entlastung und eine bessere Vertretung der Sprachregionen.

Er könne nicht sagen, ob neun Bundesräte besser wären als sieben, sagte Fabio Abate (FDP, TI). Es sei aber wichtig, eine Tür offen zu lassen, um die Diskussion weiter führen zu können. Raphaël Comte (FDP, NE) äusserte eine gewisse Verzweiflung darüber, dass das Parlament in der Frage so lange Zeit keine Lösung finden konnte: «Wir sind einig über die Diagnose, aber uneinig, welches die beste Kur ist.»

Angesichts der Tatsache, dass die Vorlage aus dem Jahr 2001 stammt und bereits zum dritten Mal auf dem Pult der Ständeräte liegt, plädierte eine Kommissionsminderheit für einen klaren Schnitt. Manchmal sei es gescheiter, eine Vorlage zu beerdigen, statt weiter daran «herumzuschustern», sagte Alex Kuprecht (SVP, SZ). Es sei wichtig, sich immer wieder mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga. Auch sie sprach sich aber dafür aus, einen Schlussstrich zu ziehen und die Diskussion ohne Altlasten neu zu lancieren. Die Ratsmehrheit liess sich überzeugen: Mit 25 zu 13 Stimmen schrieb der Ständerat die Staatsleitungsreform endgültig ab.

Damit schrieb er zugleich die Verlängerung des Bundespräsidiums auf zwei Jahre ab, welche in der Vorlage enthalten war. Vom Tisch ist diese Idee aber nicht: Schon 2010 hat der Bundesrat dem Parlament einen neuen Entwurf unterbreitet, um das zweijährige Präsidium doch noch zu verwirklichen.



Sie sollen keinen Zuwachs bekommen. Die sieben Bundesräte posieren zusammen mit der Bundeskanzlerin Corina Casanova (ganz rechts) vor einem Gemälde von Franz Gertsch.

Der Nationalrat hat die Vorlage bereits abgelehnt, die Kommission des Ständerats sistierte deren Behandlung bis zur Entscheidung über die Staatsleitungsreform. Schon

gestern wurde klar, dass Zweifel an dem Vorschlag auch in der kleinen Kammer weitverbreitet sind.

Peter Föhn (SVP, SZ) und Hans Stöckli (SP, BE) wiesen

darauf hin, dass bei einer zweijährigen Amtsdauer nicht mehr alle Bundesräte die Chance erhalten würden, auch das Bundesratspräsidium zu übernehmen. *sda*

Express

Ständerat lehnt ein Vetorecht ab

BERN Der Ständerat lehnt es weiterhin ab, dem Parlament gegenüber dem Bundesrat mehr Macht zuzugestehen. Die kleine Kammer hat zum wiederholten Mal ein Vetorecht der Räte gegen bundesrätliche Verordnungen abgewiesen. Zu entscheiden hatte der Ständerat über eine parlamentarische Initiative der SVP. Der Rat folgte seiner Kommission und beschloss stillschweigend, der Initiative keine Folge zu geben. Erst im Februar hatte der Ständerat einen gleichlautenden Vorstoss abgewiesen. *sda*

Türkei verschiebt Varone-Prozess

ANTALYA/ZERMATT Der Prozess gegen den Walliser Polizeikommandanten Christian Varone vor einem türkischen Gericht in Antalya ist gestern auf den 14. Februar 2013 verschoben worden. Varone wird verdächtigt, Schmutz gegen einen archäologisch wertvollen Stein vorgeworfen zu haben. Die Verschiebung des Prozesses bringt die Walliser FDP in die Bredouille. Varone ist ihr offizieller Kandidat für die Walliser Regierungswahlen vom März 2013. Allerdings: Die Parteilung der FDP Wallis hat ihrem Kandidaten gestern Abend das Vertrauen ausgesprochen. *sda*

Inlandnachfrage stützt Wirtschaft

BERN Die Exportschwäche dürft das Wachstum der Schweizer Wirtschaft auch 2013 zunächst dämpfen. Die Inlandnachfrage bleibe aber robust, und somit werde das Wachstum allmählich steigen, prognostiziert die OECD. Für das laufende Jahr rechnet die Organisation mit einem Wachstum des Schweizer Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent. 2013 dürfte es 1,1 Prozent erreichen. 2014 geht die Organisation von einer deutlichen Beschleunigung auf 2,3 Prozent aus. *sda*

Autokäufe treiben Privatkonsum an

BASEL Die Schweizer Konsumenten waren im Oktober etwas stärker in Kaufhaune als noch in den Sommermonaten. Dies zeigt der Konsumindikator der Grossbank UBS. Der Anstieg von 1,04 Punkten im Vormonat auf 1,31 Punkte geht vor allem auf die Immatikulation von neuen Autos zurück. Der schwächere Geschäftsgang im Detailhandel hat einen deutlichen Anstieg des Konsumindikators verhindert. *sda*

Wachstum dank Smartphones

BERN Trotz der Wirtschaftskrise in Europa dürfte die Schweizer Medien- und Unterhaltungsbranche auch in den nächsten Jahren wachsen. Schub verleihen die Smartphones und Tablet-Computer. Bis 2016 dürfte der Umsatz der Branche von 12,6 Milliarden Franken im vergangenen Jahr auf 14,1 Milliarden steigen, wie das Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen PWC in einer Studie voraussagt. Federn lassen müssen aber die Printmedien. Der Umsatz der Zeitungen werde bis 2016 um gut ein Fünftel auf noch 1,7 Milliarden Franken sinken. *sda*

Tierschützer üben Kritik an Qualzuchten

In der Schweiz laufen immer mehr Tierschutzstrafverfahren, weil die Täter heute konsequenter verfolgt werden. Nur bei den sogenannten Qualzuchten ist das anders – Tierschützer schlagen deshalb jetzt Alarm.

ZÜRICH Die Zahl der Strafverfahren wegen Tierquälerei hat 2011 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1246 Tierschutzstrafverfahren wurden im Jahr 2011 viermal mehr Fälle untersucht als zehn Jahre zuvor. Das sei eine sehr erfreuliche Gesamtentwicklung, sagte Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der Stiftung Tier im Recht (TIR), am Dienstag vor den Medien in Zürich.

Die meisten Strafverfahren (739) betrafen Heimtiere, vor allem Hunde. «Die Steigerung heisst nicht, dass mehr Tiere gequält werden, sondern, dass mehr Täter verfolgt und bestraft werden», sagte Bolliger. Wichtig seien Rahmenbedingungen, um das Recht umzusetzen.

Spitzenreiter Kanton Bern

Wie bereits im Vorjahr hat der Kanton Bern mit 250 am



Eine kahle Katze: Sogenannte Qualzuchten sind in der Schweiz seit 2008 verboten. *Bild Keystone*

meisten Tierschutzstrafverfahren durchgeführt, gefolgt von St. Gallen mit 235 und Zürich mit 207 (siehe Tabelle). Gemessen an der Bevölkerung, verzeichnet Appenzell Innerrhoden die meisten Tierschutzstrafverfahren. Die Kantons-

polizei Bern hat eine eigene Amtsstelle für Tierdelikte eingerichtet, in St. Gallen gibt es einen spezialisierten Staatsanwalt. In Zürich sei die Quote gut trotz Abschaffung des Tieranwalts, sagte Bolliger. Das Veterinäramt führe die Arbeit weiter. Stark aufgeholt hat der Kanton Graubünden, wo die Fallzahl von 16 auf 55 gestiegen ist. Diese Zunahme um fast 250 Prozent ist laut Bolliger vor allem auf die Arbeit der neu geschaffenen Fachstelle für Tierschutz zurückzuführen.

Wenig Verfahren in Freiburg

Grosse Unterschiede gibt es im Nutztierbereich, wo der Kanton Luzern schlecht abschneidet. Hier wurde im Jahr 2011 nur gegen 0,1 Prozent der Nutztierhalter ein Strafverfahren durchgeführt. Der landesweite Durchschnitt liegt indes

sechsmal höher, in Zürich sogar 15-mal höher. «Erstauulich wenige Verfahren gab es auch in Freiburg», sagte Bolliger.

Atemprobleme bei Hunden

Ein «gesamtschweizerischer Skandal» sei die vollständige Ignorierung des seit 2008 bestehenden Qualzuchtverbots. Damit dieses Verbot endlich umgesetzt wird, hat die TIR diese Woche sieben Strafanzeigen gegen fehlbare Züchter in den Kantonen Aargau, Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich eingereicht.

Dabei gehe es nicht um ein Verbot bestimmter Rassen, sondern darum, tierquälereischen Zuchtanswüchsen Einhalt zu gebieten. So führen extreme Kurzköpfigkeit bei Hunden beispielsweise zu Atemproblemen oder Körperdeformationen zu dauerhaften Schmerzen. *sda*

TIERSCHUTZVERFAHREN 2011

Kanton	Verfahren
Aargau	93
Appenzell Innerrhoden	9
Appenzell Ausserrhoden	15
Bern	250
Basel-Landschaft	18
Basel-Stadt	5
Freiburg	28
Genève	2
Glarus	4
Graubünden	55
Jura	3
Luzern	17
Neuenburg	4
Nidwalden	1
Obwalden	6
St. Gallen	235
Schaffhausen	8
Solothurn	70
Schwyz	20
Thurgau	31
Tessin	4
Uri	3
Waadt	118
Wallis	6
Zug	25
Zürich	207
Schweiz	1246

Das Bundespersonal kann jetzt aufatmen

Um das Budget zu entlasten, wollte die SVP die Bundespersonalkosten um 218 Millionen Franken kürzen. Doch bei den Parlamentariern stiess der Vorstoss auf wenig Gegenliebe: Eine klare Mehrheit lehnte die Kreditsperre ab.

BERN Der Nationalrat hat gestern die Budgetdebatte begonnen. Die Personalkosten und den Aufwand der Bundesverwaltung hatte die SVP um rund 218 Millionen Franken zurückbinden wollen. SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) begründete den Antrag unter anderem damit, dass die Personalausgaben des Bundes seit 2006 und bis 2013 um 25 Prozent auf knapp 5,4 Milliarden Franken gestiegen seien. «Es geht darum, ein Zeichen zu setzen im Hinblick auf schlechtere Konjunkturaussichten.» Die SVP beantragte eine Kredit-

sperre von zwei Prozent beim Personal, was eine Reduktion um 107,5 Millionen Franken bedeutete hätte. Beim Sach- und Betriebsaufwand verlangte sie eine Sperre von 2,5 Prozent, also 110,8 Millionen Franken.

«Das sind keine Geschenke»

Maria Roth-Bernasconi (SP, GE), Generalsekretärin des Personalverbandes des Bundes, hielt dagegen, dass die Erhöhung kein Geschenk ans Personal sei. Im Gegenteil: Die höheren Kosten seien auf Aufträge des Parlaments zurückzuführen. Dafür seien qualifizierte,

motivierte Bundesangestellte nötig. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf warnte, dass die Freigabe der gesperrten Summen nur unter klaren Voraussetzungen möglich sei. Das seien eine schwere Rezession oder zu leistende Zahlungen, auf die ein gesetzlicher Anspruch bestehe oder die verbindlich zugesichert worden seien. Mit 126 gegen 46 Stimmen sprach sich der Rat gegen die Kreditsperre beim Personalaufwand aus, mit 129 zu 47 Stimmen gegen die Sperre beim Sach- und Betriebsaufwand der Bundesverwaltung.

Um 44 Millionen Franken kürzen wollte die SVP die Budgetposten für die Osthilfe (-12 Millionen), die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten (-15 Millionen) und die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (-17 Millionen). Doch auch diese Anträge scheiterten deutlich. Keine Fraktion unterstützte die SVP.

Die Finanzkommissionen hatten den Räten das Bundesbudget 2013 mit einem beantragten Defizit von rund 421 Millionen Franken überwiesen. Der Nationalrat erhöhte

den Fehlbetrag am Dienstag um 1,5 Millionen Franken, und zwar im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des gescheiterten Informatikprojekts Insieme. Insgesamt 10,5 statt vier beantragt rund neun Millionen Franken sollen der Arbeitsgruppe Insieme zur Verfügung stehen, die die Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen beider Kammern einsetzen wollen.

Insgesamt geht der Vorschlag von Einnahmen von 64,5 Milliarden und Ausgaben von rund 64,9 Milliarden Franken aus. *sda*